

Sozialdemokratische Partei-Zeitung für Halle

Redaktion in Halle, O. Dammstraße 17, Fernr. Nr. 6002, Gleichen 322. Erscheinungsdienstag. Die Redaktion erachtet sich als unabhängig von Partei und Parteitag, mit der selbständigen Verantwortung. Die Verantwortung für die Redaktion erachtet sich als unabhängig von Partei und Parteitag, mit der selbständigen Verantwortung. Die Redaktion erachtet sich als unabhängig von Partei und Parteitag, mit der selbständigen Verantwortung.

Sozialdemokratische Partei-Zeitung für Halle

und den Kreisen sowie die Kreise Merseburg-Anhalt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schöneberg, Zeitz-Bismarck, Sangerhausen-Graßberg, Zeitz-Weißenfels, Naumburg-Göthen und die Mansfelder Kreise.

Verlag in Halle a. S., Große Mühlstraße 27, Fernr. 5407. Telegrammadresse: „Sozialdem. Halle“. Verlagsnummer 11092. Einzelheft 20 Pf. Halbjahresabonnement 10 Mark. Vierteljahrsabonnement 5 Mark. Die Einzelnummer kostet 1.50 Mark.

Das Ergebnis von London.

Ende Juli eine neue Konferenz.

Die Weisung für die Reparationskommission. — Stellungnahme zur Haager Konferenz.

London, 20. Juni. (WZ.) Das Reuters Bureau verbreitet folgenden ergänzten Bericht zu der amlichen Mitteilung über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht war, daß gegenwärtig der Augenblick nicht günstig wäre, sich zu bemühen, den Betrag der Verbindlichkeiten Deutschlands endgültig festzusetzen, weil die Verhältnisse zu ungewiß seien, daß jede jetzt gefällte Entscheidung später einen Streit herbeiführen könnte. Es wurde beschlossen, daß der nächste Schritt für die Reparationskommission darin bestehen sollte, den wirtlichen Zustand der deutschen Finanzen zu untersuchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung irgendetwas tun könnte, um durch Einschränkung der Ausgaben und Erhöhung der Steuern oder durch eine innere Anleihe das Gleichgewicht in ihrem Haushalt sowie eine Währung wiederherzustellen.

Schließlich der Haager Konferenz kam man überein, daß die Aufgabe der Sachverständigen im Haag darin bestehe, in Verbindung mit den Russen praktische Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten zu prüfen, die sich in Genua betreffend die Fragen der Schulden, des privaten Eigentums und der Kredite ergeben haben. Zugleich den britischen Ministern und Poincaré herbeiführen vollständige Einzelheit darüber, nach diesen Richtlinien für die Arbeit der Haager Kommission zusammenzufassen.

In der Tanager-Frage wurde beschlossen, den Vorschlag der spanischen Regierung anzunehmen, wonach die drei Regierungen die Frage Ende Juli in London erörtern sollen.

Schließlich der Offiziere wurde beschlossen, die Einsetzung einer Kommission zu beschleunigen, die die verschiedenen Delegationen von Griechen in Anatolien durch die Türkei sowie die Klagen und Gegenklagen der Türken und der Griechen über die Massenmorde im Kriegsjahre untersuchen soll. Auch dieses Thema soll auf der Londoner Konferenz Ende Juli weiter erörtert werden.

Deutsch-belgische Verhandlungen.

Die zurückgelassenen deutschen Markstücke.

Einer Brüsseler Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge sind die Verhandlungen zwischen Theunis und Lonsberg über die 2-Milliarden-Markstücke, die in Belgien zurückgelassen oder nach dem Waffenstillstand dorthin eingeschmuggelt wurden, zum Abschluß gekommen. Folgende Regelung wurde ins Auge gefaßt:

1. Die in Belgien zurückgelassenen 4 Milliarden sollen zum Kurse von 1,25 Franken nach Deutschland zurückgeführt werden. Die Bezahlung hat in 25 Jahren zu erfolgen.
2. Der Esqueter über das deutsche Eigentum wird aufgehoben. Der belgische Staat behält den Erlös dessen, was durch ihn liquidiert wurde. Er gibt alles noch nicht liquidierte zurück.
3. Der 2 Milliarden, die nach dem Waffenstillstand nach Belgien eingeschmuggelt wurden, soll keine Ermäßigung mehr geben werden.

Die Besprechungen bewegen sich jetzt nur noch um die Frage, wie diese Maßnahmen dem Verfall der Beträge anpaßt werden können. Die Unterzeichnung des Abkommens wird als unmittelbar bevorstehend erachtet.

Deutscherwirtsch. Finanzmaßnahmen.

Die Steuern werden erhöht. — Verringerung der Beamtenbesoldung. — Abbau des Heeres.

Wien, 20. Juni. Der neue Finanzplan der Regierung ist fertiggestellt. Als Garantie für die von der Notenbank auszuweisenden Goldobligationen wird eine Generalhypothek auf alle Vermögensgegenstände in Aussicht genommen. Die bestehenden Steuern und Gebühren erfahren sehr beträchtliche Erhöhungen. An neuen Steuern ist eine Kapitalerwerbsteuer in Aussicht genommen. Die Erhöhung der Bekleidungspreise und der künstlichen Monopolartikel wird in Zukunft durch einseitige Verordnungen möglich sein. Die Eisenbahnlinie, hauptsächlich die Gütertarife, werden erhöht. Es besteht die Absicht, für den Transitverkehr einen besonderen Tarif einzuführen, falls die Eisenbahn wieder vorläufig noch im Betriebe des Staates. Im Mittelpunkt aller Finanzmaßnahmen stehen die Steuern, wobei die Besteuerung der industriellen Betriebe des Staates, soweit nicht besondere Interessen vorhanden sind, der Privatwirtschaft übergeben werden. Das Tabakmonopol und die Eisenbahn bleiben vorläufig noch im Besitze des Staates. Im Mittelpunkt aller Finanzmaßnahmen stehen die Steuern, wobei die Besteuerung der industriellen Betriebe des Staates, soweit nicht besondere Interessen vorhanden sind, der Privatwirtschaft übergeben werden.

Um die Beamtengehälter.

Eine Erhöhung von 24 Proz. — Eine Sonderbare Verhandlungstafel der Regierung. — Man will das Arbeitszeitgesetz mit den Lohn- und Gehaltstaxen verknüpfen.

Berlin, 21. Juni. (WZ.) Die Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den Spitzenorganisationen brachen gestern eine Einigung über die Erhöhung der Beamtengehälter um etwa 24 Proz., doch wird heute über die von der Regierung dafür verlangte Annahme des Arbeitszeitgesetzes durch die Gewerkschaften weiter verhandelt. Die Mehrzahl der Beamten und der neuen Beförderungen und Lohnerhöhungen sollen sich auf etwa 30 Milliarden Mark belaufen.

Im Reichsfinanzministerium begannen am Dienstag vor-mittag die Verhandlungen über die Neuregelung der Gehalts- und Wohnverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Die Regierungsvorläufer legten den Gewerkschaften Richtlinien vor, nach denen neue Beförderungen und Lohnerhöhungen von Maßnahmen abhängig gemacht werden sollen, die eine wirtschaftlichere Gestaltung des Dienstbetriebes bei den Behörden ermöglichen. Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erfährt, haben die Richtlinien folgenden Wortlaut:

I. Unschärfen der für die Beamten feststehenden Besoldung, ihre volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen, beträgt die regelmäßige Dauer der wirtlichen Arbeitsleistung im Durchschnitt 48 Stunden in der Woche oder 208 Stunden im Monat.

II. Arbeitsunterbrechungen, während deren die Dienst- oder Arbeitsleistung verfallen werden darf (Krankheit), gelten nicht als Arbeitszeit. Die Pausen sind regelmäßig im voraus zeitlich festzulegen.

III. Arbeitsunterbrechungen, während deren ein Schichtenarbeiter ohne wirtliche Arbeitsleistung auf der Dienst- oder Arbeitsstelle anwesend zu sein hat, um nach Bedarf Arbeit zu leisten, werden in der Regel mit höchstens der Hälfte ihrer Dauer auf die Arbeitszeit angerechnet, wenn sie im einzelnen die Zeit von fünf Minuten übersteigen.

IV. Die Frage der Festsetzung einer Höchstgrenze für Dienstzeiten, die im Durchschnitt 48 Stunden in der Woche oder 208 Stunden im Monat übersteigen, nicht vorzubehalten.

V. Diese Richtlinien gelten für die Beamten, Angestellten und Arbeiter aller Behörden und Dienststellen der Reichsverwaltung.

Mit Recht haben die Organisationen gegen eine Verquickung der Besoldungs- und Lohnerhöhungen mit den vorstehenden Richtlinien protestiert. Die Regierung muß einsehen, daß sie mit der geplanten Tarif für nicht ohne weiteres durchführbar kommt und schon infolgedessen Verhandlungen vor. Die verschiedenen Sonderberatungen, die sich auf die Richtlinien und getrennt auf die Besoldungs- bzw. Lohnerhöhungen beziehen sollen, aufstunde kommen, erachtet noch sehr fraglich.

Segering über den Hindenburggrummel.

Die Anschuldigung über den Etat des Innern und die Schutzpolizei im preussischen Landtage.

In der vorgestrigen Sitzung des Landtages bereicherte Minister des Innern Segering noch einmal allen denen, die nachträglich die Reize Hindenburgs durch Spreuungen als bar jeden parteipolitischen Einschlags hinstellen, eine kräftige Abfuhr. Er wies noch einmal darauf hin, daß selbst die Mitglieder der Volkspartei im Kabinett Bedenken gegen die Reize geäußert hätten und daß sich der Reichspräsident von Ullstein, ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, freiwillig erbot, auf General v. Seger dahin zu wirken, daß die Reize unterließe. Der Minister des Innern wies weiter darauf hin, daß alles versucht wurde, die landwirtschaftlichen Arbeiter gegen ihren Willen auf Aufstagen nach den Orten zu bringen, durch die Hindenburg kommen sollte, daß Schulden aufgehoben werden sollten und daß die Paraden einen militärischen Charakter tragen sollten. Unter diesen Umständen sei es Pflicht der Regierung gewesen, die Behörden anzuweisen, sich nicht mit diesen politischen Veranlassungen zu identifizieren. Wie gefährlich das Unternehmen außenpolitisch gewesen sei, gehe daraus hervor, daß zwei Offiziere der Entente-Kommission das Gebot der Siegergewinne beabsichtigten. Es sei zu befürchten, daß die Disziplinartage noch außenpolitische Schwierigkeiten zeitigen werden. Im weiteren Verlauf der Debatte wies Segering unter Heiterkeit und lebhaftem Beifall die außenpolitische „Hilfe“ der „berdienten Opposition“ ironisch zurück. Abg. Hellmann (Soz.) ergänzte die Ausführungen des Innenministers. Die Beratung wurde auf Dienstag 11 Uhr vertagt. (Etat des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten. Interpellation der Deutschnationalen betreffend die Schutzpolizei.)

Kritische Lage.

Wir müssen uns bereit halten!

In verschiedenen bürgerlichen Blättern wird behauptet, daß in der Frage der Getreideumlage die Hauptfaktoren bereits festgelegt sind, eine Verhandlung in sicherer Aussicht stünde. Diese Behauptung ist, wie mit dem größten Nachdruck erklärt werden muß, vollkommen falsch. Keinesfalls kann bei dem augenblicklichen Stand der Dinge niemand sagen, daß die Verhandlung nicht ausfallen kann. Die Verhandlung ist tagungsbereit, aber unvereinbar. Eine Klärung ist weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin erfolgt. Stimmungsmäßig aber hat man in dieser Augenblick eher Anlaß zum Pessimismus, als zum Optimismus.

Auch der zweite Tag der ersten Sitzung im Reichstag hat gezeigt, wie stark der agrarische Einfluß in allen bürgerlichen Parteien ist. Nicht nur die Deutschnationalen hatten schon am Montag ihren Vorschlag vorgebracht, am Dienstag folgten diesem Beispiel die Deutsche Volkspartei mit Duffe, das Zentrum mit Dies (Königsberg), die Bayerische Volkspartei mit Frey, die Demokratische Partei mit Fritschmann. Alle diese Redner waren Landwirte. Alle bestritten sie die Frage der Getreideumlage nur vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Besitzer. Fast alle sagten sie in der Debatte treuzugig immerzu: „Wir Landwirte.“ Zu Fortsetzung des Tages hat es sich unangenehm, im Reichstag auf den Privatverdienst eines Abgeordneten anzuspielen; denn im Reichstag war der Abgeordnete eben nur „Vertreter des gesamten Volkes“, nicht Vertreter von Berufs- oder der eigenen Privatinteressen. Wie sehr hat sich geändert! Standpunkt konnte man am Dienstag im Reichstag glauben, nicht in der Volkserhebung, sondern auf einer 24 bürgerlich-fachlichen Höhe zu sein. Wäre es im Reichstag eine Sozialisten, so wären in dieser ganzen Debatte überhaupt nur Landwirte zu Worte gekommen.

Das beweist natürlich noch nicht, daß sich die bürgerlichen Parteien alle gegen die Getreideumlage stemmen werden. Es beweist auch noch nicht, daß im Ausschuss eine Verschlechterung der Regierungsvorlage beschlossen werden wird, die der Sozialdemokratie die Zustimmung unmöglich macht und damit die Krise heraufbeschwört. Vielleicht haben manche bürgerlichen Parteien sogar nur deshalb ihre landwirtschaftlichen Vertreter in den Vordergrund geholt, um ihre Angriffe auf den faden Sand bei der Sitzung zu halten, wenn sie sich schließlich doch zu Verhandlungen bereitfinden lassen, die jenen nicht ganz passen. Gewiß wird eine Verhandlung versucht werden, da rechts von der Sozialdemokratie (aber auch links) bei dem Gedanken an eine Reichstagsauflösung Heulen und Zähneklappern herrscht. Nur die Verhandlung gelangen wird, das ist wohl vollkommen ungewiß.

Der Kampf im Ausschuss wird sich vorwiegend um die Preisfrage drehen. Die bürgerlichen Koalitionsparteien möchten gern den Landwirten für die Umlageerhebung einen Preis bieten, der den freien Marktpreis möglichst nahebringt. Die Sozialdemokraten erklären dagegen, daß die ganze Umlage ihren Zweck verliere, wenn nicht ein gewisser Umlagepreis und freien Marktpreis eine beträchtliche Differenz bleibt. Zur Lösung dieser Frage lassen sich kaum feststehende Zahlen aufstellen; denn wir wissen ja gar nicht, wie sich der Geldwert im Laufe des nächsten Jahres gestalten wird. Uebereinstimmung herrscht darüber, daß der Umlagepreis die Befestigungskosten decken soll, diese lassen sich aber nicht ohne weiteres feststellen. Eine Anpassung an die Geldwertveränderung, falls sie zu unfernen Umfang weiter fortgeschritten sollte, wird notwendig sein. Darüber darf man sich nicht täuschen. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion kämpft nicht dafür und kann nicht dafür kämpfen, daß das Brot, im heutigen Geldpreis ausgedrückt, billiger wird. Sie kann auch nicht erwidern, eine Steigerung des Marktpreises, die der fortschreitenden Geldwertveränderung entspricht, verbindet wird. Woher sie kämpft, was sie unter allen Umständen durchzusetzen gewillt ist, das ist nur das eine, daß ein wesentlicher Teil des Jahresgetreides zu weissen erfaßt wird, die erheblich billiger ist als die Preis, wie sie sich auf dem freien Markt gestalten. Die der Markterwartung entsprechende Erhöhung des Marktpreises, was durch Anpaßung der Gehälter und Löhne an den gestiegenen Marktpreis auszugleichen werden. Und das auf gesetzlichem Wege zu erreichen, würde wohl auch möglich sein. Wenn aber jede Hemmung fällt, dann steigen die Marktpreise mit einem Mal ins Ungewöhnliche, und es wird mehr möglich sein, ihnen durch Löhne- und Gehalts-erhöhungen nachmals nachzukommen. Schwere Verleumdung und heftige Wirtschaftskämpfe würden die weitere unvereinbare Folge sein. Diesen bildlichen Hebergang zur sogenannten freien Wirtschaft bekennt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion außer acht, und wenn die Reichstagsmehrheit ihn offen oder verdeckt beschließen würde, dann würde die Sozialdemokratie dafür sorgen, daß das Volk selbst durch Auflösung und Neuwahlen zur Entscheidung aufgerufen wird.

So also liegen die Dinge in diesem Augenblick. Die arbeitenden Massen müssen sich bereit halten, gegen die Rechte der agrarischen Klassenbewegung ein-

